

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Amling, Becker (Nienberge), Büchner (Speyer), Buckpesch, Dreßler, Fiebig, Gilges, Kastning, Klein (Dieburg), Dr. Klejdzinski, Kuhlwein, Lambinus, Lohmann (Witten), Dr. Mitzscherling, Dr. Müller-Emmert, Dr. Nöbel, Frau Odendahl, Dr. Penner, Peter (Kassel), Frau Renger, Schäfer (Offenburg), Frau Schmidt (Nürnberg), Dr. Schmude, Schröder (Hannover), Frau Steinhauer, Toetemeyer, Vogelsang, Weisskirchen (Wiesloch), Frau Weyel, Zander und der Fraktion der SPD

Entwicklung des Schul- und Hochschulsports in der Bundesrepublik Deutschland

Für die Entwicklung des Schul- und Hochschulsports in der Bundesrepublik Deutschland waren insbesondere die von den Kultusministern der Bundesländer 1956 beschlossenen „Empfehlungen zur Förderung der Leibeserziehung in den Schulen“, die Vorschläge des Deutschen Sportbundes vom 15. Juni 1961, das 1965 vom Deutschen Sportbund erarbeitete „Memorandum zum Stand der schulischen Leibeserziehung“ sowie die sportpolitischen Konzeptionen der Lehrerverbände – z. B. der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) – sowie der sportwissenschaftlichen und hochschulsportlichen Organisationen – z. B. des Allgemeinen Deutschen Hochschulsportverbandes (ADH) – und Institutionen von grundlegender Bedeutung.

Unter Berücksichtigung des gesamtstaatlichen Charakters der Bildungspolitik und der Chancengleichheit – auch im Bereich des Schul- und Hochschulsports – für alle Bürger der Bundesrepublik Deutschland hat die Bundesregierung 1970 erstmals ein Schulsportprogramm mit länderübergreifenden Zielsetzungen veröffentlicht.

Diese bildungspolitische Initiative war ein wesentlicher Beitrag dazu, daß 1972 erstmals ein bundeseinheitliches „Aktionsprogramm Schulsport“ verabschiedet wurde. Träger sind: Bund, Länder, kommunale Spitzenverbände und der Deutsche Sportbund.

Die Aufnahme des Sports als „Aufgabe der Hochschulen“ in das Hochschulrahmengesetz und in den Bildungsgesamtplan von Bund und Ländern war zudem ein wichtiger Schritt zur langfristig gesicherten Entwicklung des Hochschulsports und zur gesellschaftlichen Aufwertung des Sports in der Bildungspolitik insgesamt.

Die SPD hat 1979 die „Bestandsaufnahme und Fortschreibung“ des Aktionsprogramms Schulsport bei unveränderter Trägerschaft beantragt. Diesem Vorschlag haben die Programmträger zugesagt und die entsprechenden Beratungen aufgenommen. Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft der Regierung von Bundeskanzler Schmidt hatte bereits in der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktionen der SPD und FDP vom 26. August 1981 (Drucksache 9/761) die Bereitschaft der Bundesregierung erklärt, an der Fortschreibung des „Aktionsprogramms Schulsport“ mitzuwirken.

Wir fragen die Bundesregierung:

I. *Auswirkungen des Aktionsprogramms Schulsport*

1. Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen des 1972 verabschiedeten „Aktionsprogramms Schulsport“ in den einzelnen Bundesländern und in den verschiedenen Schulformen?
2. Welche Entwicklung hat sich dabei vor allem für den Sportunterricht in den Haupt-, Grund-, Sonder- und berufsbildenden Schulen sowie für die Sportmöglichkeiten der behinderten Schüler vollzogen?
3. Inwieweit haben die Zielsetzungen des „Aktionsprogramms Schulsport“ zu einer Vereinheitlichung der Sportpädagogenausbildung in den Bundesländern beigetragen?
4. Wie schätzt die Bundesregierung als Mitträger des „Aktionsprogramms Schulsport“ die Schulsportstättensituation und die Entwicklung des tatsächlich erteilten Sportunterrichts in den verschiedenen Schulformen nach zehn Jahren bundeseinheitlicher Zielsetzungen im Schulsport ein?
5. Zu welchen Erkenntnissen sind die Träger des Schulsportprogramms bei ihren Beratungen hinsichtlich der künftigen Arbeitschancen und der Entwicklung neuer Berufsfelder für die Sportpädagogen als Beitrag zum Abbau der Lehrerarbeitslosigkeit gekommen?
6. Wie haben sich nach Auffassung der Bundesregierung die Zusammenarbeit zwischen dem schulischen und außerschulischen Sport – insbesondere mit dem Vereinssport – sowie die Koordinierung und inhaltliche Ausgestaltung der verschiedenen Schulsportwettbewerbe entwickelt?

II. *Fortschreibung des „Aktionsprogramms Schulsport“ und Förderung von Modellversuchen*

1. Welche Zielsetzungen vertritt die Bundesregierung bei den Beratungen zur Fortschreibung des „Aktionsprogramms Schulsport“?
2. Ist sichergestellt, daß die Fortschreibung des „Aktionsprogramms Schulsport“ in unveränderter Trägerschaft (Bund, Länder, kommunale Spitzenverbände, Deutscher Sportbund) erfolgt, und wann rechnet die Bundesregierung mit der Verabschiedung der Neufassung dieses Programms?

3. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß mehr als bisher Sportpädagogen und Sportstudenten in den Sportvereinen – insbesondere im Kinder- und Jugendsport sowie in den sozialen Bereichen des Sports – tätig werden sollen, und ist die Bundesregierung bereit, für eine entsprechende Festlegung bei der Programmfortschreibung einzutreten?
4. Welche Modellversuche, die zu einer Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Berufsschulen, Betrieben und Sportvereinen führen sollen, wird die Bundesregierung fördern, wie dies der Deutsche Sportbund (Pressemitteilung vom 24. Januar 1983) nach einem Gespräch mit dem Bundesminister für Bildung und Wissenschaft mitgeteilt hat?

III. Sport in den Hoch- und Fachhochschulen/Förderung der Sportwissenschaft

1. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß bei der „Fortschreibung des Aktionsprogramms Schulsport“ auch der Sport in den Hoch- und Fachhochschulen umfassend einbezogen werden soll, und welche Initiativen hat die Bundesregierung dazu unternommen?
2. Ist die Bundesregierung bereit, darauf hinzuwirken, daß für die Entwicklung des Sports in den Hoch- und Fachhochschulen sowie für die Förderung der Sportwissenschaft gegebenenfalls getrennte bundeseinheitliche Zielsetzungen vereinbart werden, falls ein gemeinsames Aktionsprogramm „Schul- und Hochschulsport“ nicht erreichbar ist?
3. Wie beabsichtigt die Bundesregierung, das Bundesinstitut für Sportwissenschaft in Köln so auszustatten, daß es mehr noch als bisher zu einer „Clearingstelle“ für sportwissenschaftliche Maßnahmen von Bund und Ländern wird, wie dies der Deutsche Sportbund nach dem Gespräch mit dem Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Pressemitteilung vom 24. Januar 1983) angekündigt hat?

Bonn, den 22. Juli 1983

Amling
Becker (Nienberge)
Büchner (Speyer)
Buckpesch
Dreßler
Fiebig
Gilges
Kastning
Klein (Dieburg)
Dr. Klejdzinski
Kuhlwein
Lambinus
Lohmann (Witten)
Dr. Mitzscherling
Dr. Müller-Emmert

Dr. Nöbel
Frau Odendahl
Dr. Penner
Peter (Kassel)
Frau Renger
Schäfer (Offenburg)
Frau Schmidt (Nürnberg)
Dr. Schmude
Schröder (Hannover)
Frau Steinhauer
Toetemeyer
Vogelsang
Weisskirchen (Wiesloch)
Frau Weyel
Zander
Dr. Vogel und Fraktion

